

Kirche in der DDR: „Wie Noah während der Flut“

In den evangelischen Kirchengemeinden der DDR rühren sich grüne und pazifistische Gruppen. Sie fordern: Abrüstung in Ost und West, sozialen Friedensdienst

statt Kommiß, offene Diskussion über Umweltprobleme. Die kirchlichen Herbstsynoden haben sich für die Unbotmäßigen stark gemacht. Noch hält die SED still.

Im Wichernsaal zu Schwerin redeten am Freitag, dem 23. Oktober, 120 evangelische DDR-Bürger über ein Thema, das für die SED keins ist: die Risiken der Kernenergie.

Anderntags zogen die Protestanten in die Wälder bei Lützwitz oder zum Platz der Jugend, um Forst und Park zu pflegen. Auch in anderen Städten der DDR gingen an jenem Wochenende Jugendliche, ermuntert von ihren Kirchengemeinden, für den Schutz der Umwelt auf die Straße.

In Neustrelitz säumten 50 junge Christen Wilhelm-Pieck- und Gutenbergstraße mit 80 neugepflanzten Linden ein. Im



Baumpflanzer in Schwerin: „Grün ist die Farbe der Hoffnung“

Abends pinnten sie in der Kirche eine Wandzeitung über Natur und Umwelt an.

Das sächsische Evangelische Jungmännerwerk stellte eine Umwelt-Schau aus Dias zusammen, die an alle Kirchengemeinden verliehen wird.

Das kirchliche Forschungsheim in Wittenberg schickte eine Ausstellung über „Mensch und natürliche Umwelt“ auf die Reise. Tausende von DDR-Bürgern konnten sie sehen, in der Dresdner Kreuzkirche oder dem Magdeburger Dom, der Nikolaikirche in Leipzig oder der Kirche Sankt Wenzel in Naumburg.

In Thüringen rief die Kirchenzeitung „Glaube und Heimat“ die Schäflein auf, kräftig gegen den Staat zu blöken: Zahlreich müßten die Christen Eingaben machen, sei es gegen Lärmbelästigung oder das Fällen von Bäumen.

Und dann, so mahnte das Blatt, sollten die Gemeindeglieder Geduld mit ihrem Staat üben: „Wenn eine Eingabe geschrieben und noch keine Antwort eingetroffen ist, werden sie ruhig warten können – wie Noah während der Flut abwarten mußte.“

Die grünen Grüppchen unter den rund sieben Millionen Protestanten sprießen, so schildert es Peter Wensierski in einem

Buch über Umweltaktionen in der DDR**, seit mehr als zwei Jahren.

Sie wollen dem Bürger erst einmal liefern, was ihm der Staat vorenthält: Informationen.

Das größte Problem sei es, beschwerten sich Jugendliche einer Schweriner Umweltinitiative, „daß wir nur an sehr wenig Material herankommen, weil sehr wenig veröffentlicht wird“.

Peter Gensichen vom kirchlichen Forschungsheim Wittenberg klagt: „Man hat als DDR-Bürger also das deutliche Gefühl, hinsichtlich der Umweltproblematik stark unterinformiert zu sein. Die Tagespresse behandelt sie fast nur schweigend, verharmlosend oder durch die wenigen Erfolgsmeldungen, die es auf diesem Gebiet gibt.“

Zwar hat die DDR teilweise eine schärfere Umweltgesetzgebung als etwa die Bundesrepublik, doch eingehalten werden die Vorschriften selten: Lieber zahlen die staatseigenen Betriebe hohe Strafen, statt in Luftfilter oder Kläranlagen zu investieren – Planerfüllung und Wachstum gehen noch allemal vor Umweltschutz (SPIEGEL 41/1980).

Wer in der DDR über die Verschmutzung von Unstrut oder Weißer Elster nachlesen will, über das Waldsterben im Umkreis des Braunkohlekombinats



DDR-Kinder beim Waffendrill* „Militarisierung des ganzen Lebens“

tristen Rostocker Neubaugebiet Groß-Klein säte eine Umweltgruppe Rasen, setzte Rosen und Sträucher.

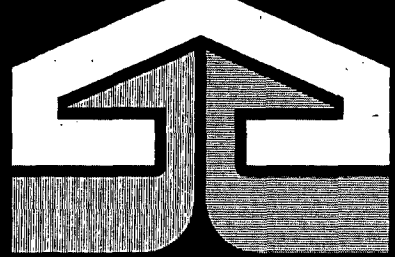
Solange die braven jungen Leute nur den Sozialismus verschönern, ist's der SED schon recht: VEB Grünanlagenbau Rostock und VEB Stadtwirtschaftliche Dienstleistungen in Neustrelitz gingen den freiwilligen Gemeindegärtnern sogar zur Hand. Doch die wollen mehr als nur Grünzeug pflanzen.

Ende Mai radelten 100 Jugendliche aus Saalfeld an der Saale aufs Land, unter dem Motto: „Mobil ohne Auto.“

* Bei der „Gesellschaft für Sport und Technik“ (GST) in Erfurt.

** Peter Wensierski/Wolfgang Büscher (Hrsg.): „Beton ist Beton. Zivilisationskritik aus der DDR“. Edition Transit im Scandica-Verlag, Hattingen 1981; 222 Seiten; 19,80 Mark.

HITACHI



WÄRMEPUMPE
Aerotherm

Tip Nr.8

**Nutzen Sie die
Wärme
kostenloser
Luft
für Ihr warmes
Wasser!**

Weniger abhängig sein vom teuren Öl,
hin zu den ungenutzten Wärmequellen
der Natur — diese Devise verbindet
Einsicht und Weitblick.

Schreiten Sie zur Tat: Mit der Wärme-
pumpe Hitachi Aerotherm gewinnen Sie
gut zwei Drittel der zur Erwärmung
Ihres Brauchwassers benötigten Energie
— aus der sonst verschenkten warmen
Luft des Heizungsraumes! Der Rest
kommt aus der Steckdose.

Diese Nutzung der Umweltwärme ist
besonders effektiv im Sommer und
in den Übergangszeiten, wo die Erwärmung
des Brauchwassers durch die
Heizung bekanntlich recht
unwirtschaftlich ist.

Wenn diese Zeilen Ihnen gezeigt haben,
daß unsere Argumente nicht aus der
Luft gegriffen sind, sollten Sie sich über
die Hitachi Aerotherm ausführlicher
informieren lassen.

Coupon

Bitte senden Sie mir ausführliche Infor-
mationen bzw. Händlernachweis.

Name _____

Straße _____

Wohnort _____

Hitachi Sales Europa GmbH, Abt. W 13
Kleine Bahnstraße 8, 2000 Hamburg 54

Schwarze Pumpe im Bezirk Cottbus oder über die veralteten Sicherheitssysteme der Kernkraftwerke bei Rheinsberg und nahe Greifswald, der muß sich die Kirchenpresse beschaffen: Sie steht nicht unter der Fuchtel der SED.

Die grünen Aufklärer bedienen rund 500 000 Leser in der DDR mit Kirchenblättern und hektographierten Mitteilungen. Es gelte, schreiben die Wittenberger Ökologen in einem maschinengetippten Vorbereitungspapier für Seminare, „auf öffentliche Meinungsbildung zu drängen und sie voranzutreiben“. Vor den Schweriner Baumpflanzern forderte der Magdeburger Pfarrer Gerhard Loetel „eine offene und in aller Breite geführte sachkundige Diskussion“ über die Kernenergie und die „damit zusammenhängenden Probleme in unserer Gesellschaft“.

Wenn erst einmal Umweltbewußtsein in der DDR-Bevölkerung wachse, wenn sich erst einmal viele Basisgruppen gebildet hätten, dann entstehe, so hoffen die grünen Christen, schon genug Druck, um vom Staat mehr zu verlangen: Mitbestimmung. Titel der Mecklenburgischen Kirchenzeitung am 8. November: „Grün ist die Farbe der Hoffnung.“

So forderte der Erfurter Propst Heino Falcke, die DDR solle „den Bürgern die Möglichkeit der Praktizierung demokratischer Mitbestimmung“ geben. Falcke: „Man kann nicht unter dem Vorwand, daß die Bürger dazu noch nicht reif seien, sie vorerst davon zurückhalten, um ihnen dann nach Absolvierung des Reifungsprozesses die Mitbestimmung wie ein Weihnachtsgeschenk am Schluß zu überreichen. Wobei der Weihnachtstermin in diesem Fall noch offen sein dürfte.“

Der Ruf der Ökologen nach Partizipation ist für die SED schon alarmierend genug, weil jede Mitbestimmung von unten das Machtmonopol der Partei in Frage stellen könnte. Weit gefährlicher für die Einheitssozialisten ist aber die grüne Schubkraft auf ganz anderem Gebiet: Wer in der Umweltpolitik mitreden will, ob Grüner (Ost) oder Grüner (West), der engagiert sich auch für den Frieden, nicht nur in der Welt, sondern im eigenen Lande.

Die Wittenberger Protestanten etwa kritisieren das „immer teurer werdende Wettüsten“ und fordern, ohne Waffen Frieden zu schaffen: „Eine überlebenswillige Gesellschaft muß also den Kampf um die Erhaltung des Friedens (vor allem durch allgemeine und totale Abrüstung) mit dem um die Erhaltung einer lebensfähigen natürlichen Umwelt des Menschen verbinden und für beides effektive Maßnahmen realisieren.“

DDR-Bürger verlangten, nachdem sie die Wanderausstellung „Mensch und natürliche Umwelt“ gesehen hatten, im Besucherbuch nicht nur: „Umweltschutzinitiativen zulassen und fördern!“ sondern auch: „Internationaler Aufrüstungsstopp!“

Pazifistischer Protest erschallt derzeit in Gottes- und Gemeindehäusern der DDR bei einer Friedensdekade der Evangelischen Kirche, die am vorletzten Sonntag mit Bittgottesdiensten begann und diese Woche am Bußtag mit einem Friedensgedenken endet. Motto: „Gerechtigkeit, Abrüstung, Frieden.“

Für Predigten und Gebete machte die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Jugend Textvorschläge: „Wir verschleudern Rohstoffe und investieren für unsere militärische Sicherheit. Ungezählte Menschen in allen Ländern arbeiten für die Rüstung. Millionenwerte werden täglich für militärische Zwecke ausgegeben, und



Christliche DDR-Jugend*
„Panzer müssen verrotten am Wege“

die Hände der Hungernden bleiben leer.“

Als Friedensgesänge empfahlen die jungen Christen in ihrer Handreichung, die vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR herausgegeben wurde, Lieder, in denen es heißt: „Auferstanden bist du. Wir glauben nicht mehr, daß Waffen uns helfen. Die Panzer müssen verrotten am Wege. Wir glauben nicht mehr, daß Posten uns schützen. Verschwinden müssen im Atlas die Grenzen.“

Daß sie nicht mehr an Grenzen und antifaschistischen Schutzwällen Wache schieben wollen, hatten schon im März Nümburger Studenten an die Magdeburger Kirchenleitung geschrieben: Sie forderten ihre Hirten auf, sich bei der DDR-Führung für einen sozialen Frie-

* Im Juni 1981 beim Kirchentag in Stralsund.

Wie kommt man in München* zu einem Kopierer, der bis zu 90% Strom spart – und zu einem persönlichen Service obendrein?

Durch CPF und mich



CPF Bürokopiersysteme
Gustav Obermüller
München ☎ 55 10 76

Beratungscoupon
Der CPF-Stromspar-Kopierer interessiert mich. Sprechen Sie mich bitte persönlich nächste Woche darauf an.

Vorname _____ Name _____

Firma _____

Telefon _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

An: CPF-Deutschland, Postfach 4165,
6000 Frankfurt

CPF Wir sind persönlich für Sie da

*Auch in Berlin, Bremen, Düsseldorf, Essen, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Köln, Mannheim, Nürnberg, Stuttgart.

„Unbequeme Kirche sein“

Kalkulierte Schritte zur Abrüstung und die Einführung eines Wehersatzdienstes im sozialen Bereich forderte am 4. November die Magdeburger evangelische Kirchenleitung in ihrem Bericht an die Synode der Kirchenprovinz Sachsen in Halle. Auszüge:

Durch die Kirchenleitungsberichte der letzten Jahre . . . zieht sich ein Thema: Die Verantwortung für den Frieden.

Die Fragen nach dem, was wir wirklich und wirksam für den Frieden tun können, sind in den letzten Monaten dringender denn je geworden. Die erschreckende Zunahme des Rüstungswettlaufs und die besorgniserregende Militarisierung des öffentlichen Lebens lassen in der Bevölkerung weithin eine Haltung der Resignation und des Fatalismus entstehen, die uns beunruhigt. Enttäuschte Hoffnungen und unbeantwortet gebliebene Fragen lassen den Verdacht aufkommen, es sei hier ein Mechanismus entstanden, der menschlicher Vernunft nicht mehr zugänglich ist.

Es wird unsere besondere Aufgabe sein, um des uns von unserem Herrn geschenkten Friedens willen dieser Resignation nicht nachzugeben, sondern in stets neuem Nachdenken über das, was der Welt zum Frieden dient, und in unermüdlichem Gespräch mit den Verantwortlichen auch um kleine, aber sichtbare Zeichen zu ringen, die auch andere erneut hoffen lassen. Z. Z. scheint daher eine Fragestellung besonders vordringlich zu sein: Das Friedenszeugnis in seiner konkreten Gestalt.

Es ist ein Zeichen, das klein ist und leicht übersehen werden kann angesichts dessen, was um uns her geschieht. Die verstärkte Aufrüstung, die besonders von den Großmächten vorangetrieben wird, hat inzwischen astronomische Zahlen erreicht; in unserem Lande gewinnt eine Militarisierung mehr und mehr Vorrang in allen Bereichen der Gesellschaft – es ist auf die Ausdehnung der vormilitärischen Ausbildung hinzuweisen, auf die intensive Werbung von Schülern der Erweiterten Oberschule zu mehrjährigem Wehrdienst und auf die Bedrängung Jugendlicher bei der Immatrifikation, sich für den Dienst als Reserveoffizier zu verpflichten.

Während dies häufig resigniert oder gar gleichgültig aufgenommen wird, bieten junge Menschen, die von der Sorge um den Frieden bewegt sind, einen Wehersatzdienst im sozialen Bereich an, der für die Dauer von zwei Jahren – also länger als der

normale Wehrdienst – im pflegerischen und fürsorglichen Bereich geleistet werden soll. Sie wenden sich mit dieser Initiative an die Synoden ihrer Heimatkirchen mit der Bitte, sich dafür einzusetzen.

Auch unserer Synode liegt dieser Vorschlag in Form von zahlreichen Eingaben vor. Wir wissen, daß Erziehung zum Frieden auch Erziehung gegen Passivität ist. Darum sehen wir diese Initiative als ein erfreuliches und hoffnungsvolles Zeichen.

Wir sind dessen sicher, daß es sich hier um ein Zeugnis echten Friedenswillens handelt, das, wenn es recht verstanden wird, vertrauensfördernd nach innen und außen wirken könnte und ein weiteres Nachdenken über Wege zum Frieden ermöglichen würde.

Ein hartes Zurückweisen könnte hingegen eine Resignation hervorrufen, die schädlich für alles weitere Mühen um den Frieden wäre.

Es ist ebenso deutlich, daß diese Initiative nicht das Sicherheitsbedürfnis der DDR verkennt. Die Verpflichtungen, die die DDR ihren Bündnispartnern im Warschauer Vertrag gegenüber in Bezug auf notwendige Militärleistungen hat, werden nicht übersehen.

Es ist aber auch nicht zu übersehen, daß dies Anliegen in einem Zusammenhang mit den Friedensaktionen in den westlichen Staaten steht. Eine Negierung des Friedensanliegens, das in diesen Eingaben ausgesprochen wird, würde die Friedensaktionen besonders in Westdeutschland als einseitig und daher weniger glaubwürdig erscheinen lassen.

Wir sehen in dieser Initiative ein hoffnungsvolles Zeichen auch dafür, die Geduld nicht aufzugeben, trotz allem zu Vereinbarungen über kalkulierte Schritte zur Abrüstung zu kommen.

Wir sind uns dessen bewußt, daß wir mit diesen Überlegungen auf den ersten Blick nicht „konform“ erscheinen. Wenn es um die Verantwortung für den Frieden geht, können Kirchen nicht einfach „zu Verstärkern der Außenpolitik ihres eigenen Staates werden. Wenn Kirchen nur noch diese Verstärkerrolle spielen, fallen sie als Potential zur Konfliktregelung und also als ‚Friedensmacher‘ aus“ (W. Krusche). Weil „die christliche Hoffnung eine Widerstandsbewegung gegen den Fatalismus“ ist, wird die Kirche in dieser Verantwortung „unbequeme Kirche“ sein.

densdienst als gleichberechtigte Alternative zum Kommiß stark zu machen.

Das verlangte zwei Monate später auch eine Gruppe bei Dresden: „Uns bedrängt die immer weiter wachsende Rüstung, die im Westen wie im Osten.“

Und als im August der Zentralausschuß des Weltkirchenrates in Dresden tagte, formulierten junge Christen gleich einen kompletten Gesetzentwurf für die DDR-Volkskammer über die Einführung eines sozialen Friedensdienstes.

Wie stark die Bewegung an der Kirchenbasis bereits ist, zeigte sich, als binnen weniger Monate über 4000 Wehrpflichtige und Wehrpflichtige in solche Aufrufe unterschrieben und ihren Landeskirchen als Eingaben schickten: Frieden und Abrüstung gerieten den Protestanten zum Thema des Jahres.

Ihre Bundessynode in Güstrow gab Mitte September die Richtung an: Sie unterstützte die Forderung nach einem „waffenlosen Wehrrersatzdienst aus Gewissensgründen“. Im Gespräch mit der DDR-Führung sollten die Kirchenleitungen nach Möglichkeiten suchen, „wie dem Anliegen Rechnung getragen werden kann“.

Den Druck auf die SED verstärkten sechs von acht Landessynoden auf ihren Herbsttagungen Ende Oktober und Anfang November in Görlitz, Dessau, Halle, Schwerin, Züssow und Dresden.

Sie warnten vor „Tendenzen einer Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens in der DDR“ (so die mecklenburgische Landessynode), kritisierten, „daß das Militärische im wachsenden Maße unser ganzes gesellschaftliches Leben durchdringt“ (so die Synode der Kirchenprovinz Sachsen), und sprachen den jungen Leuten Mut zu, „schon jetzt nach weiteren Möglichkeiten des Dienstes im sozialen Bereich“ zu suchen (so die Görlitzer Synode).

Soviel Unbotmäßigkeit war den Sachsen noch zu wenig. In Halle forderten sie „kalkulierte und mit den Verbündeten abgestimmte Vorleistungen in der Abrüstung (zum Beispiel Reduzierung der SS-20-Raketen)“ und den „Abbau der zahlenmäßigen Panzerüberlegenheit“ des Warschauer Paktes (siehe auch Kasten).

Den heftigen Protesten setzt die SED einstweilen bewährte Rezepte entgegen. Wie Anfang 1980, als sie mit der Gründung der Gesellschaft für Natur und Umwelt grüne Systemkritiker für sich vereinnahmen wollte, organisiert sich die Einheitspartei nun eine eigene Friedensbewegung.

Aktionen von FDJ und Nationaler Front, eine Demonstration von 50 000 Menschen in Potsdam werden in der Staatspresse bejubelt – sie richten sich freilich nur gegen die Nato-Waffen. Die Beschlüsse der Synoden werden in den SED-Blättern totgeschwiegen.

Vorerst verzichten die Einheitssozialisten darauf, die kirchlichen Kritiker zu kujonieren. Aus gutem Grund: „Wenn

Bei Kopfschmerzen nimmt er lieber Boxazin S



Die Trinktablette mit viel Vitamin C.

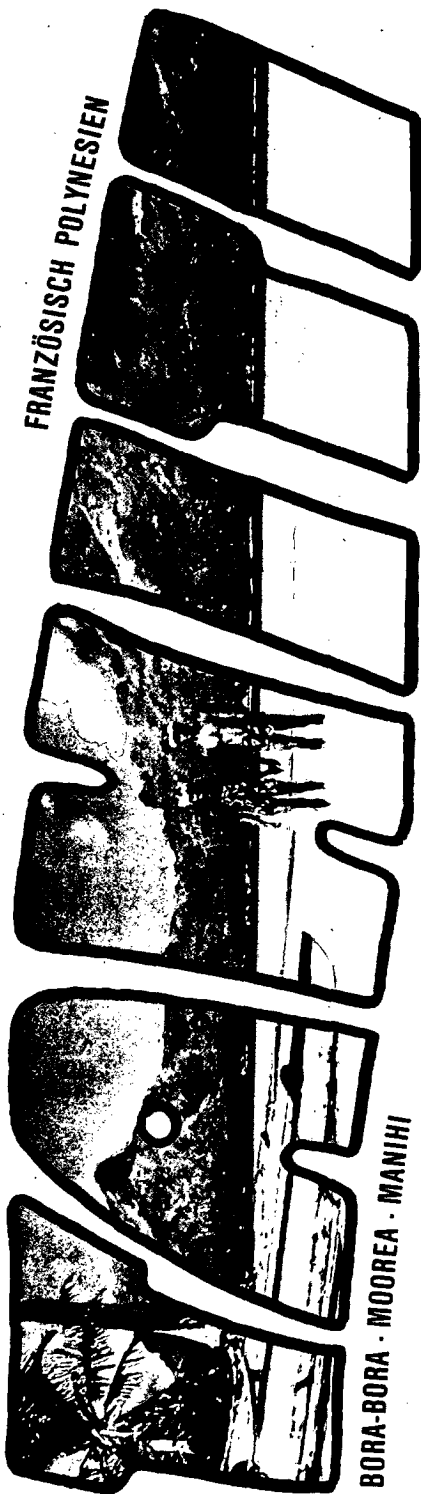
Weil er es schätzt, wenn sich die Tablette bereits im Wasser sprudelnd vollständig auflöst. Sie liegt nicht im Magen, die Wirkstoffe können leichter und schneller zur Wirkung kommen. Das macht Boxazin S auch so besonders verträglich. Außerdem trinkt er mit jedem Schluck Boxazin S reichlich von dem guten Vitamin C, das nicht nur seine Abwehrkräfte stärkt und ihn widerstandsfähiger macht, sondern auch seine Spannkraft und Frische wieder herstellt.

Boxazin S bei Kopfschmerzen, z. B. nach Überforderung, bei Wetterfühligkeit, auch bei Erkältung und grippalen Infekten. Nicht anwenden in den letzten 4 Wochen der Schwangerschaft, bei bestehender Überempfindlichkeit gegen Salicylate (Asthma) oder andere Prostaglandinsyntheseshemmer, bei Störung der Blutgerinnung, bei schweren Leber- und Nierenfunktionsstörungen. Bei Magen- oder Darmgeschwüren und während der Schwangerschaft bitte den Arzt fragen. Wie bei allen salicylathaltigen Präparaten können auch nach Boxazin S geringfügige, im allgemeinen harmlose Magen-Darmblutungen auftreten. Schmerzmittel sollen in höheren Dosen oder über längere Zeit nicht ohne ärztlichen Rat eingenommen werden.

Thomae Biberach - Riss



FRANZÖSISCH POLYNESIEN



BORA-BORA · MOOREA · MANIHI

**Zu den schönsten
Stränden der Welt
auf den Inseln
der Lebensfreude**

bringt Sie UTA
French Airlines

6000 Frankfurt/M., Wolfsgangstr. 30
Postfach 180 426, Ruf 06 11-59 09 39



DDR-Staatssekretär Gysi*: „Die Kirche wird nicht ewig bestehen“

der Staat zu Repressalien greift“, weiß ein Kenner des Protestantismus in der DDR, „dann würde es in der Kirche hochgehen.“ Das aber käme auch den evangelischen Oberen ungelegen: Sie wollen als „Kirche im Sozialismus“ mitarbeiten und nicht als Oppositionspartei zugrunde gehen.

Bischöfe und SED-Spitzen sind deshalb daran interessiert, das Gespräch nicht abreißen zu lassen. Zum zweiten Male muß sich, nach dem Protest der DDR-Christen gegen die Einführung des

Wehrkundeunterrichts vor drei Jahren, erweisen, wie tragfähig die neue Kirchenpolitik ist, die SED-Chef Erich Honecker am 6. März 1978 mit den evangelischen Oberhirten vereinbart hatte: Kooperation statt Konfrontation.

Bei der Bundessynode in Güstrow lobte Bischof Albrecht Schönherr, zwischen Staat und Kirche wachse „gegenseitiges Verstehen“. Noch vor kurzem zeigte sich auch Honecker versöhnlich: Schwierigkeiten, so der SED-Generalsekretär zu Schönherr, werde es immer geben, „aber wir werden darüber reden“.

Darum ist es auch dem für Kirchenfragen zuständigen Staatssekretär Klaus Gysi zu tun. Anfang September hatte er,

* Oben: Im August 1981 bei der Dresdner Tagung des Zentralkomitees des Weltkirchenrates; unten: 1976 im Braunschweiger Dom mit dem Bischof der braunschweigischen Landeskirche Gerhard Heintze.



DDR-Bischof Krusche (r.): Anpfliff vom Politbüro

vor Theologie-Studenten der Humboldt-Universität in Ost-Berlin, einen sozialen Friedensdienst kategorisch abgelehnt mit dem Argument, das bedeute die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht in der DDR.

Gysi warnte: „Wenn man also der Meinung ist, daß man trotz dieser sehr klaren Stellungnahme des Staates in dieser Frage eine Kampagne betreiben muß, dann heißt das offensichtlich, daß es einem nicht um die Lösung der Frage, sondern um die Konfrontation geht.“

Doch Ende Oktober, bei einem Gespräch mit Abgesandten des Kirchenbundes, ließ Gysi wieder Leine. Wer einen Zivildienst verlange, handele sicher nicht aus unlauteren Motiven. Der Staat aber müsse, so Gysi, an die Sicherheit seiner Bürger und an die Weltpolitik denken, deshalb sei die Einführung eines Wehersatzdienstes im sozialen Bereich „jetzt nicht möglich“.

Daß es später geht, diese Hoffnung mögen sich die Oberhirten nicht nehmen lassen. Bis dahin, so schlugen sie vor, könne die DDR ja schon einmal denen das Leben erleichtern, die jetzt den Wehrdienst verweigern.

Sie werden, seit 1964, in Spezialeinheiten der Nationalen Volksarmee gesteckt: zu den Bausoldaten. 400 bis 450 solcher Verweigerer schieben derzeit ihren Dienst – ohne Waffen zwar, aber in Uniform mit goldenen Spaten auf der Schulterklappe, abkommandiert zu Arbeiten im militärischen Bereich. Viele dieser Rekruten haben es dann nach ihrer Entlassung schwer, Studienplatz oder Lehrstelle zu finden.

Der Staat könne doch, so die Protestanten, die Bausoldaten besser für dringende nicht-militärische Aufgaben in der Gesellschaft einsetzen, mithin ein Zeichen geben, daß er der Jugend entgegenkomme.

Die Forderung, so berichtete hernach der Vorsitzende der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und Schönherr-Nachfolger Bischof Werner Krusche, sei nicht rundweg abgelehnt worden, das Gespräch noch nicht abgeschlossen.

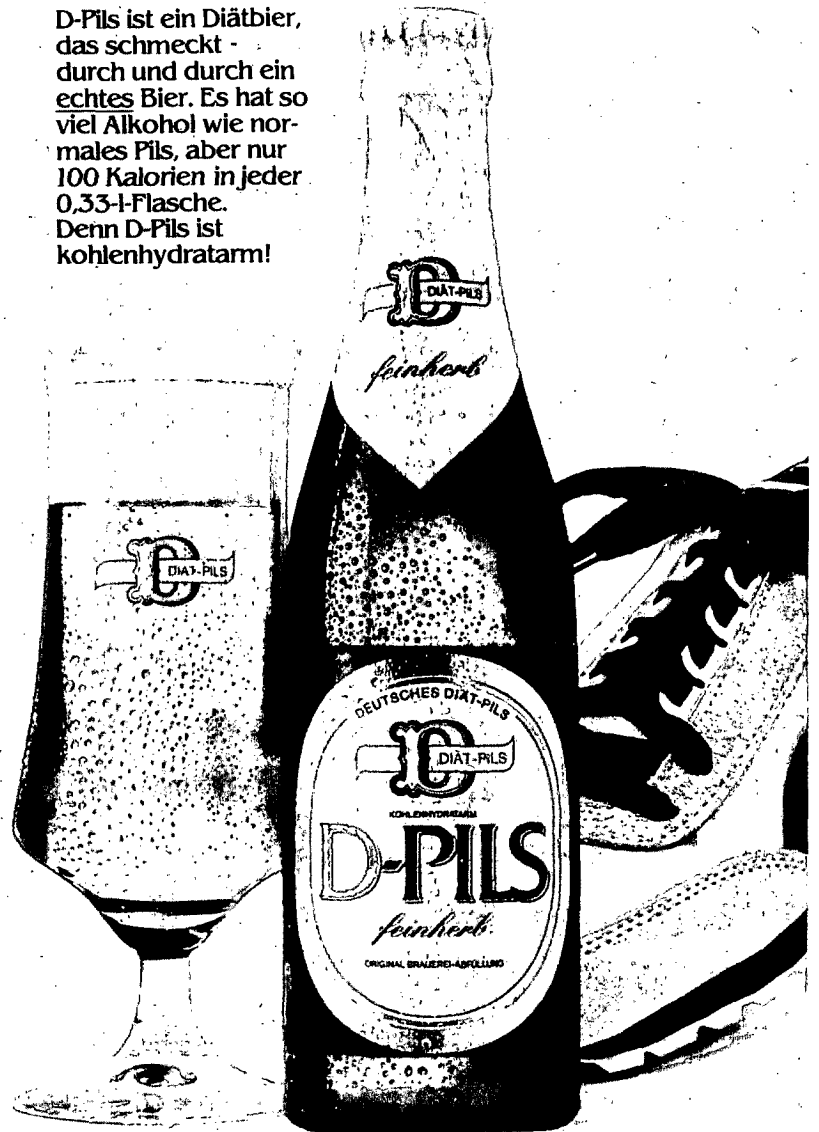
Dem Wohlwollen ließen die SED-Oberen aber, nach alter Gepflogenheit, Anfang November gleich wieder eine Warnung folgen.

Beim Empfang des sowjetischen Botschafters in Ost-Berlin, Pjotr Abrassimow, zum 64. Jahrestag der glorreichen Oktoberrevolution, fauchte SED-Politbüromitglied Paul Verner den Bischof vor Zeugen an: ob er mit seiner Synode in Halle denn den Kampf erklären wolle.

Als sich Krusche verteidigte, mischte sich Gysi ein. Getreu der marxistischen Devise, Kirchen seien ohnehin nur eine vorübergehende Erscheinung in der Geschichte, scherzte er süffisant: Verner glaube doch wohl nicht, daß die Kirche in der DDR ewig bestehe. ♦

Für alle,
die gesund leben,
sich bewußt ernähren und
trotzdem nicht auf
richtigen Biergenuß
verzichten wollen:
Trinken Sie D-Pils!*

D-Pils ist ein Diätbier,
das schmeckt -
durch und durch ein
echtes Bier. Es hat so
viel Alkohol wie nor-
males Pils, aber nur
100 Kalorien in jeder
0,33-l-Flasche.
Denn D-Pils ist
kohlenhydratarm!



feinherbes **D-PILS** Diätbier für unbeschwerten Pilsgenuß
* D-Pils entspricht jetzt schon der neuen Diät-VO.